

Jesús Perez Gonzalez-Rubio war 1991 Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung, welche die neue Verfassung Kolumbiens ausarbeitete und beschloss. Für das Magazin SEMANA kommentiert er am 22.6.2018 die Ankündigungen des zum Staatspräsidenten gewählten Iván Duque.

Gute Rede, schwacher Beginn

Laut Präsident Duque gab es bei der Wahl am Sonntag keine „besiegten Bürger“, weil er der Präsident von allen sein will. Er lädt dazu ein, „die Zeit der Polarisierung und der Zuspitzungen“ hinter sich zu lassen“ und erklärt er werde „nicht mit Hass regieren“ und „man muss versuchen, in die Zukunft zu schauen“, und über den Frieden versichert er: “Wir werden Vereinbarungen nicht zerreißen, aber wir werden garantieren, dass der Frieden für alle Kolumbianer gilt....., ein Frieden, von dem wir ersehnen, dass er Korrekturen erfährt“.

Ich möchte auch seine Verpflichtung zur Agrarreform hervorheben, die er in seiner Rede erwähnte: „Was ich mir nicht wünsche, ist ein Fortbestehen der Armut. Unsere Regierung wird eine der großen ländlichen Reform sein“. Dies ist ein Kernpunkt für die Konsolidierung des Friedens.

Ich will nicht verschweigen, dass es eine lange Liste von Personen gibt, denen er danken wollte, darunter Expräsident Uribe nur als einer von vielen. Dies zu interpretieren ist nicht einfach, war es doch Dr. Uribe, der ihn zur Präsidentschaft führte und der dafür eigentlich besondere Erwähnung verdiente. Seit 2002 hat Uribe die Präsidenten Kolumbiens „positioniert“: Zweimal war es er selbst und danach Juan Manuel Santos bei dessen erster Amtszeit, und nun ist es Duque, der ihm die Präsidentschaft verdankt. Daher überrascht es, dass dieser es nicht bei seinem Namen beließ. Man kann das Konzept vom Herrn Expräsident übernehmen, aber doch nicht außer Acht lassen, dass es nicht irgendeine Großtat war, die er in seiner Eigenschaft als der „große Auswähler“ vollzogen hat. Nur Wenige in der Geschichte dieses Landes hatten eine so starke Verwurzelung im Volk. Aus all diesen Gründen hatte es eigenes Gewicht, dass der neue Präsident ihm keine besondere Anerkennung zollte. Wie kann man das interpretieren?

Die größte Überraschung aber bestand darin, dass er mit Erfolg den Kongress darum bat, die Behandlung des Verfahrensgesetzes zur Übergangsjustiz zu vertagen. Wird das Land irgendetwas durch diese Vertagung gewinnen? Versucht man dadurch, die Übergangsjustiz zum Auto ohne Räder zu machen? Will man den Friedensprozess zerfetzen, der ohne diese Vorschriften nicht umsetzbar ist und nicht vernünftig funktionieren kann?

Eine Hypothese: Man macht den Versuch, der Übergangsjustiz (JEP) ihre Kompetenzen zu übertragen, ohne dass sie über eine besondere Prozessordnung verfügt, die darüber steht, weil man nur zu gut weiß, dass die Richter, wenn sie erst einmal ihre Positionen und Zuständigkeiten erhalten haben, ihre Pflichten nicht unter Berufung auf die Nichtexistenz einer Prozessordnung vernachlässigen können, die in den konkreten Fällen anzuwenden ist. So wie das Gesetz Nr. 153, Absatz 8 von 1887 sagt: “Wenn es kein genau auf den behandelten Fall anwendbares Gesetz gibt, dann sollen Gesetze angewendet werden, die ähnliche Fälle oder Rechtsgebiete regeln, und wenn diese nicht existieren gelten die Doktrin der Verfassung und die generellen rechtlichen Regeln“. Das könnte den Weg ebnen zur Anwendung von Gesetzen wie dem Strafverfahrensrecht, das dann anwendbar würde.

Aber darüber vergisst man auch, dass damit die Verfassung von 1991 gleichfalls auf konkrete Fälle anzuwenden ist, ohne dass es dafür ausführende Gesetze geben muss. Und dass zu unserem Rechtssystem auch internationale Vereinbarungen gehören, die sich auf das Internationale Humanitäre Recht und die sogenannte Internationale Carta der Menschenrechte beziehen, zu der auch das Abkommen von San José de Costa Rica und der Pakt der bürgerlichen und politischen Rechte mit der damit zusammenhängenden Rechtsprechung gehören.

Aber nichts davon kann einen guten Verfahrenskodex für die JEP ersetzen. Natürlich müsste man auch ohne ihn prozessieren, wäre aber dann schärfsten Attacken des Centro Democrático (Partei Uribes und Duques, A.d.Ü.) ausgesetzt. Gleichwohl hat diese Partei die Annahme des Gesetzes mit nebensächlichen Argumenten blockiert..... Offensichtlich ohne sich die Mühe zu machen, in eine tiefere Analyse des Artikels einzusteigen, der eventuell den Absichten dieses Gesetzes zuwiderlaufen könnte. Weil man eben nicht eine konstruktive juristische Haltung zeigen will, sondern eine obstruktive Haltung politischer Natur.

Es ist eine schwerwiegende Tatsache, die Fragezeichen setzt hinsichtlich des Willens des Centro Democrático, den Rechtsstaat zu respektieren, nachdem die Partei jetzt die Mehrheit des Kongresses auf ihrer Seite hat. Sie nimmt nicht Kenntnis von Artikel 163 der Verfassung, der dem Präsidenten das Recht einräumt, die Tagesordnungen beider Kammern zu bestimmen, wenn er wünscht, dass sie mit Vorrang ein bestimmtes Gesetzesvorhaben behandeln. Und dazu heißt es: „Wenn der Präsident auf einer eiligen Behandlung besteht, hat ein solches Projekt Vorrang in der Tagesordnung, was die Behandlung irgendeiner anderen Angelegenheit ausschließt, sei es in den Kammern oder in einem damit befassten Ausschuss“. Nun gut, das Centro Democrático ließ am Dienstag einen Vorschlag akzeptieren, wonach das „Anliegen“ der Eilbedürftigkeit in der Sitzung des Tages nicht behandelt wurde, was nach der Verfassung jedoch hätte geschehen müssen.

Es hat den Anschein, dass zwischen der Rede nach dem Wahlsieg und den ersten Handlungen in der Regierung wenig Kohärenz vorhanden ist.